



15/01/2020

THEMENPAPIER

Erfahrungen aus der Verbrechensvorbeugung zur Verhinderung von gewalttätigem Extremismus durch die Polizei

In diesem Beitrag wird untersucht, ob die Mechanismen und Maßnahmen zur Verbrechensvorbeugung zur Prävention von gewalttätigem Extremismus (PVE) eingesetzt werden. Obwohl in diesem Beitrag argumentiert wird, dass die Mechanismen und Prinzipien der Kriminalprävention im Allgemeinen auf PVE anwendbar sind, wird auch veranschaulicht, dass bestimmte erfolgreiche Maßnahmen zur Verbrechensvorbeugung nur geringe oder sogar negative Auswirkungen auf PVE haben können. Der Beitrag skizziert dann eine Reihe von bereichsübergreifenden Herausforderungen in der PVE, von denen einige nur durch langfristiges polizeiliches Engagement bewältigt werden können. Dennoch liegt eine bedeutende Herausforderung bei der Reduzierung von gewalttätigem Extremismus darin, das richtige Gleichgewicht zwischen kurzfristigen Strategien (oft repressive Maßnahmen) und langfristigen Strategien (z.B. Vertrauensbildung) zu finden.

Die wichtigste Schlussfolgerung dieses Beitrags ist, dass PVE mit einem ganzheitlichen Rahmen für die Verbrechensvorbeugung angegangen werden kann und sollte, in dem - solange die Polizei die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Organisationen der Zivilgesellschaft (CSOs) sucht - die Polizei eine Rolle in der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention spielen kann und sollte.

Verbrechensvorbeugung und Prävention von gewalttätigem Extremismus (PVE): Die Rolle der Polizei

Verbrechensvorbeugung im weitesten Sinne kann als Bemühungen verstanden werden, sowohl das zukünftige Auftreten von Straftaten als auch die schädlichen Folgen von Verbrechen für Opfer und Gesellschaft zu verringern. Gewalttätiger Extremismus und Terroranschläge sind schwere Formen der Kriminalität, die (physische) Schäden und Ängste in der Bevölkerung verursachen. PVE zielt darauf ab, das zukünftige Auftreten von Straftaten, die durch extremistische Ideologien und Gruppenhass motiviert sind, sowie deren schädliche Folgen, zu reduzieren. Daher ist die Verhütung von gewalttätigem Extremismus und Terrorismus Verbrechensvorbeugung im weitesten Sinne, und die allgemeinen Grundsätze und Mechanismen der Verbrechensvorbeugung sind daher weitgehend auf PVE anwendbar.

Was jedoch gewalttätigen Extremismus und Terrorismus von „gewöhnlicher“ Kriminalität unterscheidet, ist, dass gewalttätige Extremisten oder Terroristen irgendeine Form ideologischer Motivation oder Rechtfertigung haben; sie versuchen, politische Ziele zu erreichen, indem sie über die unmittelbaren Opfer von Gewalt hinaus ⁽¹⁾ Wirkung zeigen. Diese zusätzliche Schicht schafft eine Komplexität, die der „normalen“ Verbrechensvorbeugung vielleicht unbekannt ist, und, wie in diesem Papier dargestellt, können bestimmte erfolgreiche polizeiliche Maßnahmen in der Verbrechensvorbeugung sehr wohl negative Auswirkungen haben, wenn sie bei PVE verwendet werden.

PRIMÄR-, SEKUNDÄR- UND TERTIÄRPRÄVENTION

Bei der Verbrechensvorbeugung wird zwischen primärer (universeller), sekundärer (selektiver) und tertiärer (angezeigter) Prävention unterschieden (siehe Lenos & Wouterse, 2018a). Es gibt unterschiedliche Auffassungen über diese Unterscheidung, aber ein Ansatz besteht darin, dies auf verschiedene Zielgruppen für Präventionsstrategien und -interventionen anzuwenden.

- Die primäre Prävention richtet sich an ganze Bevölkerungsgruppen oder alle innerhalb einer breiten Kategorie.
- Die sekundäre Prävention richtet sich an definierte Risikogruppen, die anfällig für Straftaten sind.
- Die tertiäre Prävention richtet sich an Problemgruppen und Einzelpersonen, die problematisches Verhalten zeigen.
- Darüber hinaus können wir auch Präventionsmaßnahmen für (potenzielle) Opfer von Straftaten einbeziehen, um den Schaden für den Einzelnen und die Gesellschaft als Ganzes zu verringern.

Innerhalb des Polizeibereichs gibt es unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle, die Polizei bei der Primär-, Sekundär- oder Tertiärprävention spielen (sollte). Das liegt daran, dass die europäischen Länder unterschiedliche Vorstellungen von Polizeistilen, der Verantwortung der Polizei und der Organisation der Polizei haben (Jaschke et al., 2007). Beispielsweise neigt die Polizei in Nord- und Westeuropa im Allgemeinen dazu, einen stärkeren Akzent auf die Coproduktion von Sicherheit durch behördenübergreifende Zusammenarbeit und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Verbrechensvorbeugung zu legen. Bei diesem Ansatz ist der Aufbau von Vertrauen mit der Öffentlichkeit und mit Partneragenturen der Schlüssel zum Erfolg (Sarma, 2018, S. 6-7). Auf der anderen Seite haben die Polizeikräfte in Süd- und Osteuropa im Allgemeinen einen stärkeren Schwerpunkt auf Strafverfolgung und repressive Mittel, und Formen der Partnerschaft scheinen weniger strukturiert zu sein. Diese traditionelle Auffassung über die Polizei könnte begründen, dass die Polizei in erster Linie für das Eingreifen verantwortlich ist, wenn ein Verbrechen begangen wurde oder kurz vor der Begehung steht, was bedeutet, dass die Polizei eine Rolle spielen würde, die auf die tertiäre Prävention beschränkt ist.

Der lokale Kontext, in dem die Polizei tätig ist, bestimmt daher häufig die Maßnahmen, die Polizei bei der Verbrechensvorbeugung einsetzen wird. Darüber hinaus werden die Auswirkungen dieser Maßnahmen wahrscheinlich von Land zu Land unterschiedlich sein; was in einem Kontext funktioniert, hat möglicherweise

⁽¹⁾ Der führende Terrorismusforscher Bruce Hoffman (2006) definiert Terrorismus als „die absichtliche Erzeugung und Ausbeutung von Angst durch Gewalt oder die Androhung von Gewalt bei der Verfolgung politischer Veränderungen“ (S. 44).

nicht unbedingt einen positiven Effekt in einem anderen Kontext (2). In diesem Beitrag wird jedoch argumentiert, dass die Polizei nicht nur in der Tertiärprävention, sondern auch in der Primär- und Sekundärprävention eine Rolle zu spielen hat. Sowohl in der Primär- als auch in der Sekundärprävention haben die Polizeibeamten hauptsächlich unterstützende Funktionen und andere Präventionsakteure (z.B. Lehrer, Sozialarbeiter, Mentoren, Gesundheitspersonal, NGOs usw.) sind im Allgemeinen besser geeignet, die Führung zu übernehmen, wenn sie beispielsweise mit schutzbedürftigen Jugendlichen arbeiten. Wie im weiteren Verlauf dieses Beitrags veranschaulicht wird, hat die Polizei jedoch noch immer wichtige Aufgaben in der Primär- und Sekundärprävention, und ihre Bemühungen werden durch die Zusammenarbeit und Koordinierung der Interventionen mit anderen Präventionsakteuren verstärkt (3).

Bevor wir uns mit den verschiedenen polizeilichen Maßnahmen befassen, die in der Verbrechensvorbeugung zur Verfügung stehen, und zu erörtern, inwieweit sie bei PVE wirksam sind, ist es wichtig zu erklären, welches Modell der Verbrechensvorbeugung in diesem Papier berücksichtigt wird.

Anwendung eines ganzheitlichen Modells der Verbrechensvorbeugung auf PVE

Es gibt drei Hauptkategorien der Verbrechensprävention, und zwar die strafrechtliche Prävention, die Prävention von sozialer Kriminalität und die Prävention von situativer Kriminalität. Elemente dieser drei Kategorien können zu einem ganzheitlichen Modell der Kriminalprävention kombiniert werden (Bjørge, 2013, 2016a, 2016b). Das Resultat sind **neun generische Präventionsmechanismen**, die prinzipiell auf alle Formen der Kriminalität, einschließlich des gewalttätigen Extremismus und des Terrorismus, angewendet werden können.

1. Etablierung und Aufrechterhaltung normativer Barrieren
2. Reduzierung der Rekrutierung
3. Abschreckung
4. Störung
5. Entkräftung
6. Schutz gefährdeter Ziele
7. Schadensbegrenzung
8. Anerkennungen reduzieren
9. Abgrenzung und Rehabilitation

Dieses ganzheitliche Modell unterscheidet grundsätzlich zwischen Präventionsmaßnahmen (was wir tun, um Kriminalität zu verhindern) und Präventionsmechanismen (wie die Maßnahmen zur Kriminalitätsverhütung funktionieren). Die Polizei ist einer der wichtigsten Akteure, die an diesen Mechanismen beteiligt sind. Andere Akteure können zivilgesellschaftliche Organisationen, Sozialarbeiter, Politiker sowie Gefängnis- und Bewährungshelfer sein. Jeder Akteur verfügt über verschiedene Maßnahmen, um einen oder mehrere der neun oben aufgeführten Mechanismen zu aktivieren. In diesem Beitrag konzentrieren wir uns auf die Rolle der Polizei in jedem dieser Mechanismen.

In den nächsten Abschnitten wird dieses Modell weiter ausgeführt. Dies geschieht, indem geprüft wird, inwieweit die einzelnen Mechanismen bei PVE wirksam sind, und indem Maßnahmen erörtert werden, die die Polizei ergreifen kann, um den betreffenden Mechanismus zu aktivieren. Einige der Mechanismen verfügen über ähnliche Maßnahmen und wurden daher zusammengefasst.

MECHANISMUS 1: SCHAFFUNG UND AUFRECHTERHALTUNG NORMATIVER BARRIEREN

Das Einrichten normativer Barrieren gegen die Schädigung anderer Menschen und deren Umwandlung in rechtliche Barrieren ist wahrscheinlich der Mechanismus, der die größte Menge an Kriminalität verhindert. Auch im Bereich der PVE hat das Strafrecht die moralischen Grundwerte gestützt, und neue Arten von Handlungen

(²) In ihrem Buch 'Realistic Evaluation' argumentieren Pawson und Tilley (1997), dass die Auswirkungen von Verbrechensvorbeugungsmaßnahmen stark vom *Kontext* abhängen, in dem eine Maßnahme eingeführt wird. Eine Maßnahme kann in einem sozialen Kontext oder in Bezug auf eine bestimmte Zielgruppe starke positive Auswirkungen haben, in einem anderen Kontext oder in Bezug auf eine andere Gruppe jedoch begrenzte oder sogar starke negative Auswirkungen. Unterschiedliche Polizeistile und ein unterschiedliches Maß an Vertrauen in die Gesellschaft gegenüber der Polizei und öffentlichen Institutionen sind solche kontextbezogenen Faktoren.

(³) Siehe Lenos, S., & Keltjens, M., [The role for police officers in multi-agency working and information sharing \(Die Rolle der Polizeibeamten bei der Arbeit in mehreren Behörden und beim Informationsaustausch\)](#), Ex Post Beitrag. Utrecht, Niederlande: Radicalisation Awareness Network, 2017.

wurden nicht nur als falsch, sondern auch als illegal definiert (4). Die Rolle und Verantwortung von Polizei und Strafverfolgungsbehörden wird gemeinhin so verstanden, dass sie dafür sorgen, dass neue Normen und Gesetze umgesetzt und befolgt werden. Als solche ist die Normsetzung hauptsächlich **eine primäre (oder universelle) Prävention**, die sich an ganze Bevölkerungsgruppen richtet und versucht, eine sichere und gerechte Gesellschaft aus gut integrierten Bürgern zu schaffen.

Bei diesem Mechanismus geht es auch um die Förderung von Werten, insbesondere jener Werte, auf denen die Identität und die Gesellschaft eines Staates aufgebaut sind. Diese Arten von Werten werden durch die grundlegende Sozialisation in der Familie und in der Schule sowie durch die soziale Interaktion innerhalb einer Gemeinschaft etabliert. Inwieweit die Polizei als Förderer dieser Werte gesehen wird, hängt vom Verhalten ab, das sie gegenüber der Bevölkerung zeigt: wenn die Polizei ein faires und ausgewogenes Verhalten gegenüber allen Mitgliedern der Gesellschaft an den Tag legt, wird sie wahrscheinlich als eine legitime und angesehene öffentliche Institution wahrgenommen werden, die Werte, die Identität des Staates definieren, aktiv stärkt und fördert. Wenn die Polizei jedoch ein Verhalten an den Tag legt, das diese Werte untergräbt, wie z.B. unverhältnismäßige Verdächtigungen oder Repressionen gegen bestimmte Gruppen der Gesellschaft, riskiert sie, reaktionäres Verhalten auszulösen, das diese Werte ebenfalls missachtet. Darüber hinaus können sie sogar Wut, Ressentiments und Radikalisierung bei diesen Gruppen auslösen.

Wie in der allgemeinen Verbrechensvorbeugung spielt dieser Mechanismus auch bei PVE eine wichtige Rolle. Der Umgang mit gewalttätigen Extremisten und terroristischen Straftätern stellt jedoch eine zusätzliche Herausforderung dar, die der allgemeinen Verbrechensvorbeugung unbekannt ist. Anders als bei der „gewöhnlichen“ Kriminalität geht es bei gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung darum, wie ein Individuum oder eine Gruppe ihre Position in der Gesellschaft wahrnimmt und ihre Missstände identifiziert. Darüber hinaus nähren sich Extremisten und radikalisierte Individuen von der wahrgenommenen Vorstellung, dass die Welt in binäre Kategorien von „wir gegen sie“ unterteilt ist. Außerdem respektieren extremistische Gruppen oder Einzelpersonen eher ihre eigenen (von der internen Gruppe geschaffenen) Normen und Werte und verlassen sich auf sie als auf die Normen und Barrieren, die ihnen von einer Gesellschaft und Regierung auferlegt werden, von der sie sich im Stich gelassen fühlen (die ausgeschlossene Gruppe). Im Zentrum des islamistischen Extremismus (IE) steht zum Beispiel die Vorstellung einer übergeordneten moralischen Leitlinie. Islamistische extremistische Führer sind oft charismatisch, was eine noch stärkere Zugkraft für die von ihnen angebotene moralische Leitlinie gewährleistet. Infolgedessen sind radikalisierte und extremistische Personen wahrscheinlich immuner gegen diesen Mechanismus als „gewöhnliche“ Kriminelle.

Um mit dieser Herausforderung effektiv umgehen zu können, muss eine Polizei gut ausgebildet sein und grundlegende Kenntnisse über kulturelle Unterschiede, interkulturelle Kommunikation, Menschenrechte und Radikalisierungsprozesse besitzen. Dies wird die Polizei in ihrer Fähigkeit stärken, angemessen mit allen Bevölkerungsgruppen zu interagieren, und damit die Chance begrenzen, dass ihr Verhalten von extremistischen Gruppen oder Einzelpersonen kritisiert oder als Grund für die Rechtfertigung oder Stärkung ihrer Ideologie benutzt wird.

Bei PVE spielt die Polizei also, vielleicht mehr als bei der allgemeinen Verbrechensvorbeugung, eine wichtige Rolle bei dieser Art von Prävention, die auf die komplexe Dynamik einer in einer Gesellschaft lebenden Bevölkerung reagieren muss. Auch wenn die aktive Beteiligung der Polizei an dieser Art der Primärprävention in einigen Ländern noch einen Wandel der Polizeikultur erfordert, bieten viele Institutionen der Polizeiausbildung inzwischen sowohl eine obligatorische Ausbildung in den Bereichen Kulturbewusstsein, Menschenrechte als auch interkulturelle Kommunikationsfähigkeiten an (5).

MECHANISMUS 2 UND 3: REDUZIERUNG DER REKRUTIERUNG UND ABSCHRECKUNG

Die Reduzierung der Rekrutierung und die Abschreckung sind Mechanismen, die in der Verbrechensvorbeugung häufig eingesetzt werden. Die Polizei (und die Sicherheitsdienste) sind oft die ersten, die feststellen, wenn junge Menschen mit extremistischen Gruppen in Kontakt kommen, die Gewalt fördern. Ein solcher Kontakt kann zu einer weiteren Radikalisierung in Form von Ansichten führen, in denen Gewalt gebilligt wird, und schließlich

(⁴) Beispiele für Gesetze, die in den letzten Jahren in den meisten europäischen Ländern erlassen wurden, sind das Verbot des Beitritts nichtstaatlicher paramilitärischer Gruppen im Ausland (ausländische Kämpfer) und die Finanzierung des Terrorismus.

(⁵) Siehe Lenos, S., & Keltjens, M., [RAN POL's guide on training programmes for police officers in Europe \(RAN POLs Leitfaden zu Ausbildungsprogrammen für Polizeibeamte in Europa\)](#). Radicalization Awareness Network, 2016, beschreibt mehrere Schulungsprogramme speziell zu verschiedenen Aspekten der Interaktion mit der Öffentlichkeit.

zur Beteiligung an gewalttätigen oder anderen kriminellen Aktivitäten. Die vorkriminellen Phasen vom frühen Kontakt bis zur Begehung von Straftaten sollten als Gelegenheit für ein frühzeitiges Eingreifen der Polizei - in Partnerschaft mit anderen präventiven Akteuren wie Jugendbetreuern, Lehrern, Eltern und zivilgesellschaftlichen Organisationen - betrachtet werden, wobei positive Mittel zur Neuausrichtung des jungen Menschen einzusetzen sind. Die Idee der Abschreckung besteht darin, dass potenzielle Täter darauf verzichten werden, das Gesetz zu brechen, weil sie der Meinung sind, dass die negativen Folgen die möglichen Vorteile überwiegen. Im Bereich der allgemeinen Verbrechensvorbeugung werden sich die Akteure vor allem auf **sekundäre oder selektive Präventionsmaßnahmen** stützen, die auf Personen abzielen, die Gefahr laufen, rekrutiert zu werden, und auf **tertiäre (indizierte) Prävention**, die auf Personen abzielt, die bereits in gewalttätigen Extremismus verwickelt sind.

Die effektive Reduzierung der Rekrutierung und die Abschreckung vor der Beteiligung an gewalttätigem Extremismus und Terrorismus kann eine Herausforderung sein (Miller, 2013). Zunächst einmal kann es sehr schwierig sein, potenzielle Rekrutierungen zu identifizieren, da viele Rekrutierungen online erfolgen und auf Personen abzielen, die nicht unbedingt zu einem bestimmten Typ oder einer bestimmten Kategorie „passen“. Darüber hinaus werden viele Personen, die Gefahr laufen, rekrutiert zu werden oder in einen gewalttätigen extremistischen Akt verwickelt zu werden, von einer Ideologie angezogen, können aber niemals physisch einer extremistischen Gruppe beitreten. Tatsächlich hat in den letzten Jahren das Phänomen der Einzeltäter sowohl beim Rechtsextremismus (FRE) als auch bei IE zugenommen. Einzeltäter sind schwer zu identifizieren und direkt anzuvisieren, weil sie oft erst dann auf dem Radar der Polizei erscheinen, wenn sie einen Angriff planen oder wenn der Angriff bereits ausgeführt wurde (6). Darüber hinaus sorgt die Rolle, die Ideologie im Falle von Extremisten und Terroristen spielt, dafür, dass sie eine stärkere Motivation und Bereitschaft haben, persönliche Verluste zu erleiden, als gewöhnliche Kriminelle, die Verbrechen oft nur für ihren eigenen egoistischen oder finanziellen Gewinn begehen. Um die Sache noch komplizierter zu machen, müssen Polizei und Strafverfolgungsbehörden besonders darauf achten, dass sie nicht als Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen angesehen werden, da dies wahrscheinlich die extremistische Narrative verstärken wird, mit der Anhänger und neue Rekruten angelockt werden.

Gerade weil das Ziel und die Motivation eines terroristischen oder gewalttätigen extremistischen Täters oft komplexer sind als die eines Drogendealers, müssen Polizisten gut ausgebildet sein, um effektiv im Bereich PVE arbeiten zu können. Sie müssen zum Beispiel über Grundkenntnisse des Islam verfügen sowie über Kenntnisse über Symbole, Erzählungen und Vokabeln, die von extremistischen Gruppen verwendet werden. Darüber hinaus müssen sie den Radikalisierungsprozess verstehen, einschließlich der Motivation eines Individuums, sich einer gewalttätigen extremistischen Ideologie anzuschließen. Ohne dieses Wissen wird es für die Polizei schwierig sein, effektiv mit extremistischen Personen zu interagieren. Dieses Wissen wird sich auch für die frühzeitige Auseinandersetzung mit Akteuren bei der Offline-Rekrutierung als nützlich erweisen. Die Überwachung von und der Umgang mit potentiellen Offline-Rekrutierern ist eine wichtige Maßnahme für die Strafverfolgung und den Nachrichtendienst.

Eine weitere wichtige polizeiliche Maßnahme, um die Rekrutierung und die Beteiligung an gewaltsamem Extremismus, insbesondere von Einzeltätern, zu verringern, ist die behördenübergreifende Zusammenarbeit. Es gibt andere Einrichtungen (Schulen, Jugendarbeiter, Familienangehörige), die wahrscheinlich mehr Informationen über bestimmte Personen und mehr Instrumente als die Polizei haben. Eine frühzeitige Auseinandersetzung mit diesen Akteuren ist daher wichtig; ohne einen gewissen Informationsaustausch hat die Polizei möglicherweise nie das vollständige Bild und kann wichtige Signale leicht übersehen. Die Wirksamkeit einer solchen behördenübergreifenden Zusammenarbeit hängt jedoch vom Vertrauen zwischen Behörden und Praktikern ab. Die Polizei muss durch ihre tägliche Arbeit ihr „Vertrauenkapital“ aufbauen.

Die Polizei kann auch von Strukturen und Fachwissen profitieren, die auf EU-Ebene zur Verfügung stehen, wie z.B. die Internetvermittlungsstelle (IRU) von Europol, die extremistische Propaganda im Internet und in den sozialen Medien kennzeichnet und untersucht und relevante und strategische Einblicke in die jüngsten Entwicklungen der Online-Propaganda gewährt.

Schließlich kann auch die Entwicklung von Gegen- oder Alternativnarrative ein wichtiger Ansatz sein, um die Rekrutierung zu reduzieren und von der Beteiligung an gewalttätigem Extremismus abzuschrecken (7). Auf EU-Ebene unterstützt beispielsweise das Europäische Strategische Kommunikationsnetz (ESCN) die EU-Mitgliedstaaten und prioritäre Drittländer bei der Entwicklung ihrer strategischen Kommunikation zur

(⁶) Dies war der Fall bei dem rechtsextremen Breivik in Norwegen, dessen Vorgehensweise von zahlreichen anderen Einzeltätern kopiert wurde, darunter in Christchurch, Neuseeland, El Paso, USA, und Halle, Deutschland.

(⁷) Einige konkrete Richtlinien zur Erstellung effektiver Gegennarrative liegen jetzt vor (siehe Braddock & Horgan, 2015; Radicalisation Awareness Network, 2018).

Verhinderung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus. Obwohl es unwahrscheinlich ist, dass die Polizei der Akteur ist, der diese Narrative formuliert - dies ist eher die Verantwortung der Zivilgesellschaft insgesamt -, haben sie doch eine Rolle zu spielen, um die in den Gegen- und Alternativnarrativen entwickelten Botschaften zu fördern und zu verstärken.

Bewährte Vorgehensweisen : Norwegen hat einen Mechanismus entwickelt, der als „Ermächtigungsgespräch“ bekannt ist und darauf abzielt, die Rekrutierung in gewalttätigen Extremismus in einem frühen Stadium zu stoppen. Wenn die Polizei den Verdacht hat, dass ein Jugendlicher mit gewalttätigen extremistischen Gruppen flirtet oder beunruhigendes Verhalten zeigt, trifft sie diese Person zusammen mit den Eltern, um die persönlichen und rechtlichen Konsequenzen seines Verhaltens zu besprechen. Gemeinsam versuchen sie, die Ursachen zu ergründen und alternative Wege zu finden, mit den zugrunde liegenden Fragen umzugehen (8). Diese Methode hat jedoch ihre Grenzen. Während junge rechtsextreme Kämpfer häufig bereit sind, mit der Polizei zu sprechen, sind linke und islamistische Extremisten in der Regel feindseliger (Bjørge, 2016b, S. 244).

MECHANISMUS 4,5 UND 8: UNTERBRECHUNG, HANDLUNGSUNFÄHIGKEIT UND REDUZIERUNG DER ANERKENNUNGEN

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001, wurden viele Terroranschläge durch verschiedene Maßnahmen von Polizei und Geheimdiensten vereitelt (Bjørge, 2013, S. 55 und nachf.; Nesser, 2018). Die Unterbrechung gewaltsamer Angriffe geht häufig mit einer Handlungsunfähigkeit einher, d.h. der Entfernung der Mittel oder der Fähigkeit zur Durchführung eines Angriffs. Sowohl Unterbrechungen als auch Handlungsunfähigkeit sind **tertiäre (oder indizierte) Präventionsmaßnahmen**, die sich an diejenigen richten, die aktiv an Kriminalität und Gewalt beteiligt sind. Wenn Terroristen infolge erfolgreicher Unterbrechungs- oder Handlungsunfähigkeitsmaßnahmen ihre beabsichtigten Ziele nicht erreichen, ist es weniger wahrscheinlich, dass andere gewalttätige Extremisten oder Terroristen dieselbe erfolglose Strategie erneut wiederholen. Erfolgreiche Unterbrechungs- und Handlungsunfähigkeitsmaßnahmen verringern daher die Anerkennung durch extremistische Gewalt und Terrorismus. Dies ist also eine Form der **tertiären Prävention**.

Um eine terroristische Verschwörung frühzeitig zu erkennen, ist das Sammeln von Informationen im weiteren Sinne unabdingbar. Im Allgemeinen hatten Polizei und Sicherheitsdienste große Erfolge bei der Aufdeckung und Beendigung komplexer Terroranschläge, an denen mehrere Komplizen beteiligt waren. Die größte Herausforderung bei PVE besteht jedoch darin, Einzeltäter und nicht komplexe Kompotte mit wenigen Teilnehmern und einfachen Waffen wie Messern und Autos aufzuspüren und zu stören (Nesser, 2018).

Um die Chancen für eine erfolgreiche Störung insbesondere von Einzeltätern zu erhöhen, müssen Polizei und Strafverfolgungsbehörden in der Lage sein, die Anzeichen von Radikalisierung und gewaltsamem Extremismus zu erkennen und über Grundkenntnisse in Bezug auf Symbole, Erzählungen und anderes extremistisches Propagandamaterial zu verfügen. Dies gilt auch für örtliche Gemeindebeamte, die sich häufig in unmittelbarer Nähe der Bevölkerung befinden und daher auch wichtige Anzeichen für ihre tägliche Arbeit erkennen und interpretieren können müssen. Eine Maßnahme ist daher die Bereitstellung einer angemessenen Ausbildung für die Polizei, die ihre Fähigkeit stärkt, Radikalisierungssignale zu erkennen. Diese Art des Trainings wird auch die Wahrscheinlichkeit verringern, dass beispielsweise gängige islamische Symbole und Praktiken für Radikalisierung und IE verwechselt werden, was schließlich sogar den Grad der Stigmatisierung verringern kann, den muslimische Gemeinschaften erfahren können.

Eine weitere Herausforderung bei PVE ist die Fähigkeit extremistischer Gruppen (insbesondere FRE-Gruppen), sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen zurechtzufinden, obwohl ihre Botschaften darauf abzielen, die Gesellschaft zu polarisieren und bestimmte Bevölkerungsgruppen an den Rand zu drängen. Dies führt zu einer Situation, in der es schwierig sein kann, festzustellen, ob eine bestimmte Aussage oder Handlung der Meinungsfreiheit unterliegt oder als Anstiftung zu Hass oder Diskriminierung zu bezeichnen ist. Ohne diese klare Abgrenzung sind die Behörden nicht in der Lage, die Unterbrechung oder das Blockieren bestimmter Aktivitäten zu genehmigen.

(8) Weitere Einzelheiten zum Empowerment-Gespräch enthält der RAN-Ex-post-Beitrag „Prävention und Bekämpfung des Extremismus der Rechten und der Linken“ (Lenos & Wouterse, 2018b, S. 11-12) und „Ein Leitfaden für Gespräche zur Stärkung der Polizeibefugnisse“ (https://ec.europa.eu/home-affairs/node/7418_en). Ein umfassenderes Handbuch zur Durchführung solcher Empowerment-Gespräche finden Sie im Politidirektorat (2011).

Die Polizei wird sich nur dann wohl fühlen, wenn es einen klaren und angemessenen rechtlichen Rahmen gibt, um Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, gewalttätigen Extremismus zu stören oder zu blockieren. Was dieser rechtliche Rahmen beinhaltet, ist in Europa von Land zu Land unterschiedlich und spiegelt oft die Geschichte, Kultur und Traditionen eines Landes wider (9). Ein klarer Rechtsrahmen, der die Normen und Werte eines demokratischen Systems widerspiegelt, ist der einzige „sichere Rahmen“, in dem die Polizei gegen gewalttätige extremistische Gruppen und Einzelpersonen sowie „noch nicht gewalttätige“ extremistische Gruppen und Einzelpersonen vorgehen kann. Um Aktivitäten, die sich auf die Grundrechte auswirken können, wie beispielsweise die Meinungs- oder Versammlungsfreiheit, rechtlich durchführen zu können, um beispielsweise zu verhindern, dass eine Demonstration gewalttätig wird oder eine Gruppe Hass oder Gewalt auslöst, braucht die Polizei einen eindeutigen Rechtsrahmen für ihre Maßnahmen. Vor diesem Hintergrund ist es auch wichtig sicherzustellen, dass die Polizeibeamten den in ihrem Land geltenden Rechtsrahmen vollständig verstehen und kontinuierlich über Änderungen oder Entwicklungen in diesem Rechtsrahmen geschult und auf dem Laufenden gehalten werden.

Neben der regulären Polizeiausbildung ist eine Maßnahme der allgemeinen Verbrechensvorbeugung, mit der die Polizei angehende ausländische Kämpfer stören oder handlungsunfähig machen kann, die Beschlagnahme der Pässe von Personen, die verdächtigt werden, in Länder zu reisen, die für Dschihad-Aktivitäten bekannt sind. Im Bereich PVE erfordert diese Maßnahme jedoch mehr als in der allgemeinen Kriminalprävention eine solide Aufklärung und einen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Stellen, um die richtigen Personen zu ermitteln. Es ist sehr wichtig das richtige Gleichgewicht zu finden. Wird diese Maßnahme zu weit gefasst, kann sie als diskriminierend empfunden werden und zu einer weiteren Radikalisierung führen.

Schließlich kann eine Maßnahme auch darin bestehen, den Zugang potenzieller Terroristen zu den für Terroranschläge erforderlichen Mitteln wie Waffen, Sprengstoffen, chemischen oder radiologischen Substanzen und wirtschaftlichen Ressourcen zu verringern. In den nordischen Ländern, in denen es relativ einfach ist, einen Waffenschein für Jagd- und Sportzwecke zu erhalten, hat die Polizei in den letzten Jahren Mitgliedern der neonazistischen nordischen Widerstandsbewegung, einer Bewegung, der ein hohes Gewaltpotential zugeschrieben wird, den Waffenschein entzogen und sowohl legale als auch illegale Waffen beschlagnahmt (10).

MECHANISMUS 6: SCHUTZ GEFÄHRDETER ZIELE

Eine wichtige Aufgabe der Polizei besteht darin, eine Vielzahl von Gebäuden, Orten und Personen zu schützen, die attraktive Ziele für kriminelle Angriffe sein könnten. Eine der wichtigsten Debatten im Bereich der situativen Verbrechensvorbeugung ist die Frage, ob die Verhärtung der Ziele durch Schutzmaßnahmen zu einer Verlagerung der Kriminalität auf weichere Ziele oder zu einer Nettoverminderung der Kriminalität führt. Dieselbe Debatte gilt auch für PVE, und wenn es um den Terrorismus geht, besteht kein Zweifel, dass der Verlagerungseffekt bedeutend ist.

Obwohl die Verhärtung des Ziels eine präventive Wirkung gehabt hat (11), gibt es wenig Anhaltspunkte dafür, dass Sicherheitsmaßnahmen Terroristen dazu bringen, ihre Anschlagabsichten ganz aufzugeben. Was PVE noch schwieriger macht, ist, dass für Terroristen, anders als für „normale“ Kriminelle, das Hauptziel von Angriffen unbewaffnete Zivilisten sind. Eine kürzlich durchgeführte Studie der Zielpräferenzen militanter Islamisten in Europa zeigt, dass „ein weiches Ziel dominiert und zunimmt, während besonders gut geschützte Ziele fast vollständig vermieden werden“ (Hemmingby, 2017, Abs. 1).

Die Mehrzahl der Angriffe von Rechtsextremisten richtete sich auch gegen weiche Ziele, die relativ ungeschützt und verwundbar waren. In den letzten Jahren wurden die meisten dieser Angriffe von Einzeltätern durchgeführt, die im Allgemeinen ein größeres Problem darstellen als gut organisierte Gruppen und Bewegungen. Betrachten Sie die jüngste Reihe von FRE-Angriffen, die von Einzeltätern begangen wurden, die alle - DIREKT ODER INDIREKT - vom Angriff von 2011 auf ein politisches Jugendlager in Norwegen inspiriert zu sein scheinen: der Angriff einer Moschee in Christchurch, Neuseeland im Jahr 2019, gefolgt von dem Angriff in einem Walmart-Geschäft in El Paso, USA, dem Moscheenangriff in Bærum, Norwegen, und dem jüngsten Angriff in Halle,

(⁹) Zum Beispiel könnte es in einigen Ländern illegal sein, Unterstützung für den Nationalsozialismus oder die Leugnung des Holocaust auszudrücken, in anderen Ländern jedoch völlig legal.

(¹⁰) Andere Agenturen oder Kontrollstellen spielen ebenfalls eine Schlüsselrolle bei der Regulierung des Zugangs zu Ressourcen, die für Terroristen nützlich sein könnten. Zum Beispiel haben Banken die Aufgabe, verdächtige Finanztransaktionen zu kontrollieren, und Regierungsbehörden sind dafür verantwortlich, Lizenzen für den Kauf bestimmter Düngemitteltypen (Ammoniumnitrat mit mehr als 16 Stickstoff) nur auf rechtmäßige Landwirte zu beschränken.

(¹¹) Terroristen verzichten in der Regel auf Angriffe auf „harte“ Ziele, da die Erfolgsaussichten gering sind (Clarke & Newman, 2006; Hemmingby, 2017).

Deutschland. Jeder ihrer Modi Operandi wurde von den Modi Operandi der Einzeltäter inspiriert, die vor ihnen gehandelt hatten (12).

Diese Angriffe, die alle unvorhersehbar sind und hauptsächlich auf weiche Ziele abzielen, zeigen, wie schwierig es für die Polizei und andere Strafverfolgungsbehörden ist, eine solche Vielzahl potenzieller weicher Ziele zu schützen. Gleichzeitig hat der Angriff in Halle gezeigt, dass es nach wie vor notwendig ist, schutzbedürftige Ziele wie Synagogen zu schützen. Diese breite Palette potenzieller weicher und gefährdeter Ziele hat Strafverfolgungsbehörden und Polizei dazu gezwungen, die Art und Weise zu überdenken, wie ein Terroranschlag verhindert werden kann. Es ist unmöglich, die Polizei beispielsweise vor jedem potenziellen weichen oder gefährdeten Ziel zu haben, aber es ist möglich, das Risiko durch den Aufbau einer behördenübergreifenden Zusammenarbeit zu verringern, bei der Personen und Institutionen Informationen austauschen, um potenzielle Einzeltäter zu identifizieren, die dazu in der Lage sind einen solchen Angriff auszuführen.

MECHANISMUS 7: SCHADENSBEGRENZUNG

Trotz einer Reihe von Präventivmaßnahmen werden einige Terroranschläge erfolgen. Wenn Angriffe stattfinden, muss die Polizei auf eine Vielzahl von Sofortmaßnahmen vorbereitet sein und sie muss andere Behörden bei der Bewältigung der Krise unterstützen und sich mit ihnen abstimmen (13). Im Falle eines Terroranschlags können Schwächen in der Vorbereitung fatale Folgen haben, wie sich beim rechtsextremen Angriff in Norwegen im Jahr 2011 herausstellte (14).

Um die schädlichen Folgen gewaltsamer extremistischer Angriffe zu verringern, muss die Polizei vorbereitet sein und über gut entwickelte Notfallpläne verfügen. Die Polizei kann ihre Bereitschaft sicherstellen, indem sie jährlich theoretische Übungen und lebensnahe Rollenspielübungen für alle Ebenen der Polizeiorganisation organisiert, einschließlich einer Vielzahl von Szenarien. Darüber hinaus sollten Krisenmanagement-Schulungen angeboten werden. Diese Übungen sollten speziell für Polizei- und Sicherheitskräfte wie auch behördenübergreifend mit anderen Stellen organisiert werden. Schließlich ist es auch wichtig, dass Notfallpläne regelmäßig aktualisiert und entwickelt werden.

MECHANISMUS 9: ABGRENZUNG UND REHABILITATION

Wenn wir über PVE sprechen, sprechen wir über die Deradikalisierung und den Rückzug aus dem gewalttätigen Extremismus, anstatt von Verbrechen Abstand zu nehmen. Die Förderung und Erleichterung von Austrittsprozessen ist eine Form der **tertiären (indizierten) Prävention**, die sich an Personen richtet, die bereits an gewalttätigem Extremismus beteiligt sind.

Obwohl die Unterstützung und Rehabilitation ehemaliger Straftäter auch in der allgemeinen Kriminalprävention eine Herausforderung darstellt, ist die Abkehr von gewalttätigem Extremismus und Terrorismus aufgrund der oftmals starken Bindung eines Einzelnen an eine Ideologie besonders komplex. Eine weitere besondere Herausforderung bei PVE betrifft ausländische Kämpfer und andere „Syrien-Reisende“, die in ihre Heimatländer in Europa zurückkehren oder bereits aus dem Gefängnis entlassen werden. Diese Gruppe stellt eine doppelte Herausforderung dar: Ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft und gleichzeitig die Absicherung der Gesellschaft gegen das potenzielle Risiko, dass sich einige nach ihrer Freilassung wieder für gewalttätigen Extremismus entscheiden.

Die Erleichterung des Rückzugs und der Wiedereingliederung gewaltsamer extremistischer oder terroristischer Straftäter erfordert eine enge Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Gefängnis- und Bewährungsbehörden, der Polizei und den Sicherheitsdiensten sowie den Sozial- und Gesundheitsdiensten und den zivilgesellschaftlichen Organisationen (siehe Molenkamp & Wouterse, 2018) (15). Die Rolle, die Polizei

(12) Zur Analyse der Tendenzen rechtsextremer Gewalt siehe Bjørge und Ravndal (2019) sowie Ravndal, Lygren, Hansen und Jupskås (2019).

(13) Ein Hauptziel dieser gemeinsamen Anstrengungen ist die Wiederherstellung des Sicherheitsgefühls der Öffentlichkeit und des Vertrauens in öffentliche Einrichtungen sowie die Verringerung der Viktimisierung auf individueller Ebene sowie auf Gruppen- und Gesellschaftsebene. Viele dieser Themen werden im RAN-Themenpapier „Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Opfer nach Terroranschlägen“ (Netten & van de Donk, 2018) erörtert.

(14) Mehrere Pannen in der Notfallplanung und den Vorbereitungen der Polizei haben die Polizei daran gehindert, den laufenden Angriff auf die Insel zu stoppen, was zu Todesopfern führte. In der Folge führten diese Mängel bei der Polizeivorbereitung zu kostspieligen Reformen bei der Organisation der norwegischen Polizei, so dass Notfallplanung und -vorsorge oberste Priorität hatten. Einige der wichtigsten Ergebnisse des Kommissionsberichts vom 22. Juli 2012 finden Sie unter https://www.sintef.no/globalassets/project/nexus/01--report-22-july-qjorv-commision-summary_english_version.pdf

(15) Weitere Informationen zum Thema Rückzug, Rehabilitation und Wiedereingliederung finden Sie in den folgenden Veröffentlichungen: RAN CoE (2017), 'Antworten an Rückkehrer: ausländische Kämpfer und ihre Familien'; Christensen

dabei spielt, sowohl vor als auch nach der Entlassung aus dem Gefängnis, ist von Land zu Land unterschiedlich. Oft ist die Polizei in der Phase vor der Freilassung nicht involviert. Die frühzeitige Einbeziehung der Gemeindepolizei hat jedoch zwei Vorteile, insbesondere wenn es darum geht, mit der Familie des Betroffenen in Kontakt zu treten oder eine Beziehung zu dem Täter aufzubauen, während er sich noch im Gefängnis befindet (16): erstens, das Vertrauen des Täters in die Polizeibehörden wird gestärkt und eine erneute Straftat verhindert; und zweitens gibt diese Art der Nähe zum Subjekt und seiner Familie der Polizei ein ganzheitlicheres Verständnis der Situation, was für eine Risikobewertung wichtig sein kann (Lenos & Smit, 2019). Vor der Freilassung muss eine umfassende Risikobewertung durchgeführt werden, damit terroristische Straftäter nach ihrer Freilassung entsprechend betreut werden können (17).

Eine wichtige Maßnahme in der Phase nach der Freilassung ist die behördenübergreifende Arbeit. Tatsächlich gibt es Anzeichen dafür, dass gut geplante und durchgeführte Reintegrationsbemühungen positive Auswirkungen haben und die Rückfallchancen verringern können (18). In einigen Ländern wurden Routinen eingeführt, um die Kommunalbehörden darüber zu informieren, dass sie im Begriff sind, einen entlassenen ausländischen Kämpfer oder einen anderen terroristischen Straftäter aufzunehmen, damit die örtlichen Behörden Angelegenheiten wie Unterkunft, psychologische Behandlung und andere relevante Maßnahmen vorbereiten können (Christensen & Bjørgo, 2018). Zumindest muss die Polizei über bevorstehende Freilassungstermine für ehemalige extremistische oder terroristische Straftäter informiert werden. Angesichts der einzigartigen Position der Polizei in der Gemeinde ist es jedoch sinnvoll, dass die örtliche Polizei an der Koordinierung zwischen verschiedenen Akteuren beteiligt ist, die an der Resozialisierung von freigelassenen Straftätern arbeiten (Lenos & Smit, 2019).

Übergreifende Herausforderungen bei der Verhinderung von gewalttätigem Extremismus

Die Diskussion darüber, wie die Mechanismen, die einen ganzheitlichen Ansatz zur Verbrechensvermeidung darstellen, in PVE übernommen und eingesetzt werden können, hat Licht auf verschiedene Querschnittsthemen geworfen, die mehr Aufmerksamkeit verdienen. Diese sind:

- Koordination und Informationsaustausch zwischen Polizei und Sicherheitskräften;
- Koordination und Informationsaustausch zwischen Polizei und anderen öffentlichen Stellen;
- Vertrauensaufbau;
- Arbeiten in einer polarisierten Gesellschaft.

KOORDINATION UND INFORMATIONSAUSTAUSCH ZWISCHEN POLIZEI UND SICHERHEITSDIENSTEN

Eine der Herausforderungen bei der Aufdeckung von Radikalisierung und Gewaltbereitschaft und der Zerschlagung terroristischer Komplote besteht darin, Informationen zusammenzustellen, die für sich genommen relativ unschuldig aussehen mögen, aber zusammengesetzt ein bedrohlicheres Bild ergeben können. Eine Hauptlektion aus der 9-11-Kommission war, dass die verschiedenen Behörden so viele Informationen über den sich abzeichnenden terroristischen Plan gesammelt hatten, dass es möglich gewesen wäre, zu verstehen, was passieren würde, und die Angreifer im Voraus zu stoppen, wenn diese Informationen zwischen den verschiedenen Behörden ausgetauscht worden wären (19).

& Bjørgo (2018): „Wie kann man mit zurückgekehrten ausländischen Kämpfern und anderen Syrienreisenden umgehen? Schutz- und Folgemaßnahmen“; RAN CoE (2016), „Gliederung: Deradikalisierungsinterventionen für gewalttätigen Extremismus“; Molenkamp & Wouterse (2018), 'Triple P: Koordination und Zusammenarbeit zwischen Polizei, Gefängnis und Bewährungshilfe im Umgang mit gewalttätigen extremistischen und terroristischen Straftätern'.

⁽¹⁶⁾ In Aarhus, Dänemark, ist es nicht ungewöhnlich, dass jemand von der örtlichen Polizei den extremistischen Straftäter in Haft besucht.

⁽¹⁷⁾ Das RAN CoE Returnee 45 ist ein Tool zur Risikobewertung, das speziell für Rückkehrer entwickelt wurde. Außerdem bietet es eine Vorlage für behördenübergreifende Antworten. Dieses und ähnliche Tools sollten von speziell geschultem Gefängnispersonal und / oder forensischen Psychologen / Psychiatern implementiert werden. Beiträge von Polizei und Sicherheitsdiensten können Teil der Bewertung sein.

⁽¹⁸⁾ Eine kürzlich durchgeführte Evaluierungsstudie von Teilnehmern einer speziellen Wiedereingliederungsinitiative innerhalb des Niederländischen Bewährungsdienstes, die sich auf Personen konzentriert, die wegen Terrorismus verurteilt oder verdächtigt werden, zeigte vielversprechende Ergebnisse mit erheblich niedrigeren Rückfallquoten als bei normalen freigelassenen Straftätern (van der Heide & Schuurman, 2018, S. 221 und nachf.).

⁽¹⁹⁾ Siehe den 9-11 Bericht der Kommission, S. 416-419. <https://www.9-11commission.gov/report/>

Informationsaustausch und Koordination sind eine besondere Herausforderung für die fragmentierten Sicherheitssysteme in vielen europäischen Ländern, in denen es eine Vielzahl von Polizeikräften sowie Sicherheits- und Geheimdienstbehörden gibt. Organisatorische Grenzen, rechtliche Rahmenbedingungen, Kulturen der Geheimhaltung und offensichtliche Rivalitäten zwischen Polizeikräften und Behörden können die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch behindern, sehr zum Nachteil der öffentlichen Sicherheit. In den letzten Jahren wurden jedoch in vielen Ländern politische und organisatorische Strukturen geschaffen, die versuchen, diese Hindernisse zu überwinden. Ebenso wurden Europol, Interpol und mehrere andere Einrichtungen zum Austausch von Informationen über nationale Grenzen hinweg zwischen Polizei- und Sicherheitsbehörden geschaffen.

KOORDINIERUNG UND INFORMATIONSAUSTAUSCH ZWISCHEN POLIZEI UND ANDEREN ÖFFENTLICHEN STELLEN

Eine weitere Herausforderung ist die Erleichterung der Koordinierung und des Informationsaustauschs zwischen der Polizei und anderen (öffentlichen) Stellen, deren Aufgaben und Verantwortlichkeiten nicht direkt mit der Sicherheit zusammenhängen (20). Zwar erkennt die Polizei in ganz Europa zunehmend die Bedeutung der Zusammenarbeit mehrerer Behörden an, doch kann das Fehlen geeigneter Rechtsvorschriften die Zusammenarbeit mehrerer Behörden behindern.

Dennoch haben viele Länder in Nord- und Westeuropa ausgefeilte Modelle für die Zusammenarbeit mehrerer Behörden gegen Kriminalität im Allgemeinen und gegen Radikalisierung und Extremismus im Besonderen entwickelt, wobei häufig auch CSOs in diese Zusammenarbeit einbezogen wurden (21). Die von Dänemark angeführten nordischen Länder haben Varianten des sogenannten SSP-Modells für die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Sozialdiensten und der Polizei auf lokaler Ebene entwickelt (22).

Das dänische Info-House-Modell (oder das Aarhus-Modell) ist ein Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen Polizeibezirken und Kommunen und eine Mischung aus Polizeibeamten, Sozialarbeitern oder anderen Fachleuten mit einschlägigen Kompetenzen, die zusammenarbeiten (23). Das Modell versucht, zwei verschiedene Programme zu vereinen: Schutz des Staates und der Gesellschaft vor Terroranschlägen und die Verantwortung des Sozialstaates für das Wohlergehen des Einzelnen (Hemmingsen, 2015).

Das Vereinigte Königreich hat einen anderen Ansatz für eine behördenübergreifende Zusammenarbeit. Im Rahmen eines allgemeineren Schutzkonzepts wurden Bildungseinrichtungen und der Gesundheits- und Sozialsektor gesetzlich dazu verpflichtet, verdächtiges Verhalten und Bedenken den lokalen Behörden zu melden. Das Personal der Polizei oder des Sicherheitsdienstes wertet dann diese Berichte aus: Begründete Fälle können durch positive soziale Interventionen weiterverfolgt werden, um den Jugendlichen auf eine prosoziale Schiene umzulenken, oder sie können zu Überwachung und Strafverfolgung führen (24).

(20) Praktizierende in Schulen, im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Jugendarbeit und in anderen Einrichtungen bemerken möglicherweise Personen, die extremistische Ansichten vertreten oder in ihrem Leben Veränderungen erfahren, die Anlass zur Sorge geben. Sich über solche Personen zu informieren, ist für Polizei und Sicherheitsdienste von großem Wert. Gleichzeitig kann es für Lehrer, Sozialarbeiter und andere Praktiker nützlich sein, schwierige Fälle mit Polizeixperten zu besprechen, um unnötige Sorgen zur Ruhe zu bringen oder konstruktive Wege zu finden, diesen Personen auf positivere Wege zu helfen.

(21) Mehrere Beispiele nationaler Modelle siehe Lenos, S., & Keltjens, M., [The role for police officers in multi-agency working and information sharing \(Die Rolle der Polizeibeamten bei der Arbeit in mehreren Behörden und beim Informationsaustausch\)](#), Ex Post Beitrag. Utrecht, Niederlande: Radicalisation Awareness Network, 2017.

(22) Dänemark hat Gesetze, die es Praktizierenden verschiedener Behörden erlauben, sensible Informationen über einzelne Jugendliche zu Präventionszwecken weiterzugeben - mit der wichtigen Klausel, dass die Polizei diese Informationen nicht für strafrechtliche Ermittlungen verwenden darf. Finnland und Schweden haben jedoch strengere Gesetze und Praktiken in Bezug auf die Vertraulichkeit und den Austausch sensibler Informationen zwischen Agenturen, wodurch die Zusammenarbeit im Rahmen des SSP weniger operativ und personenbezogen ist als in Dänemark.

(23) Die Info-Häuser sammeln eingehende Bedenken und prüfen, ob sie berechtigt sind. Die Bewertungen bestimmen, ob Bedenken in erster Linie mit sozialen Herausforderungen zusammenhängen (und am besten als solche behandelt werden) oder ob sie Sicherheitsaspekte betreffen. Die Info-Häuser entscheiden dann, ob und von wem gehandelt werden soll. Sicherheitsbedenken werden an das Zentrum für Prävention des dänischen Sicherheits- und Nachrichtendienstes weitergeleitet. Wenn keine Sicherheitsbedrohung besteht, wird der Fall an die von der Polizei oder der Gemeinde angebotenen Initiativen verwiesen: entweder Initiativen, die speziell auf die Prävention von Extremismus und Radikalisierung ausgerichtet sind, oder allgemeinere Initiativen wie Berufsberatung, Unterstützung bei der Unterbringung und Therapie. Wenn möglich, wird der Fall an einen Akteur verwiesen, der betreffenden Person bekannt und vertrauenswürdig ist. (Siehe Hemmingsen, 2015. S. 27-28)

(24) Diese Vorbeugungspflicht wurde von Praktizierenden und CSOs heftig kritisiert, weil sie angeblich Lehrer und Sozialarbeiter zu Spionen für die Polizei gemacht haben. Auswertungen haben jedoch ergeben, dass Lehrer die Vorbeugungspflicht weitaus mehr akzeptieren, als Kritiker vermuten (Busher, Choudhury, Thomas & Harris, 2017).

Der Erfolg der Zusammenarbeit mehrerer Agenturen hängt von der Bereitschaft der beteiligten Akteure ab, Informationen auszutauschen, insbesondere dann, wenn es keine Rechtsgrundlage dafür gibt. Diese Bereitschaft beruht häufig auf der Stärke einer Beziehung zwischen zwei oder mehr Akteuren (Lenos & Smit, 2019).

Vertrauensaufbau;

Vertrauen ist ein Schlüsselement für die Polizei bei der PVE-Arbeit. Der Erfolg einer behördenübergreifenden Arbeit hängt von der Fähigkeit und der Bereitschaft der beteiligten Akteure ab, Informationen auszutauschen, und nicht alle Länder verfügen über die Rechtsgrundlage, um dies zu tun. Ohne Rechtsgrundlage ist Vertrauen der Schlüssel zum Aufbau enger Beziehungen zwischen verschiedenen Stellen. Daher ist eine effektive behördenübergreifende Zusammenarbeit in hohem Maße von Vertrauen abhängig (Sarma, 2018).

Vertrauen kann institutionell sein oder sich auf einzelne Praktiker beschränken. Wenn jedoch die Öffentlichkeit - oder Teile der Bevölkerung - kein Vertrauen in die Polizei haben, sind sie im allgemeinen weniger bereit, der Polizei einen Hinweis auf verdächtige oder extremistische Aktivitäten in ihrer Nachbarschaft zu geben, eine potentiell sehr wichtige Quelle für polizeiliche Informationen (25). In Ländern mit einem allgemein hohen Maß an institutionellem und zwischenmenschlichem Vertrauen (Delhey & Newton, 2005; Wollebæk, Steen-Johnsen, Enjolras, & Ødegård, 2013) hingegen wenden sich die Menschen mit ihren Anliegen eher an die Polizei.

Vertrauen ist etwas, woran die Polizei in Friedenszeiten arbeiten sollte, indem sie sich einen Ruf der Fairness aufbaut und so wahrgenommen wird, dass sie den Gemeinschaften dient und sie schützt. Vertrauen ist etwas, das durch die Praxis und den Stil der Polizeiarbeit verdient oder verloren geht (Lenos & Keltjens, 2016, S. 9-10). Untersuchungen haben gezeigt, dass in Ländern und Städten, in denen die Polizei professionell und fair gegenüber den Bürgern - einschließlich der Minderheiten - agiert, die Menschen eher vertrauensvoll und kooperativ sind (26). Die Polizei kann jedoch nicht immer nett und freundlich sein, und es ist notwendig, ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen harten und weichen Interventionen sowie zwischen Repression und Prävention zu finden (27).

Arbeiten in einer polarisierten Gesellschaft

Wenn wir über Terrorismus und gewalttätigen Extremismus sprechen, sprechen wir zwangsläufig über viele verschiedene Aspekte der Gesellschaft, darunter Sicherheit, Religion, Identität, soziale Integration und Zugehörigkeit, wahrgenommene Marginalisierung und sogar politische Ansichten. Dies macht die Verbindung zwischen gewalttätigem Extremismus und der Struktur der Gesellschaft viel stärker als bei „gewöhnlicher“ Kriminalität. Sensible gesellschaftliche und politische Fragen spielen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität oft keine so große Rolle. Daher ist es weniger wahrscheinlich, dass die Öffentlichkeit eine starke Position für oder gegen Methoden der allgemeinen Kriminalprävention im Umgang mit gewalttätigen Extremisten oder terroristischen Straftätern einnimmt.

Die Art und Weise, wie sich eine polarisierte Gesellschaft auf PVE auswirkt, ist also viel ausgeprägter, als sie sich auf die gewöhnliche Kriminalprävention auswirken würde. Obwohl es wichtig ist, dass alle an PVE beteiligten Akteure, einschließlich der nationalen Regierungen, erklären, warum bestimmte Maßnahmen ergriffen werden, ist es umso wichtiger, dass sie dies tun, ohne die Debatte unbeabsichtigt zu schüren und die Gesellschaft weiter zu polarisieren. Die Zusammenarbeit mit Experten für strategische Kommunikation bei der Formulierung von Botschaften und der Kommunikation mit der Öffentlichkeit könnte den Akteuren helfen, sich in diesem Bereich zurechtzufinden.

Aufgrund der Schwierigkeit und Besonderheit von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus und der Reaktion, die diese in der Öffentlichkeit auslösen, erfordert die Polizei, die im Bereich PVE arbeitet, weitaus spezifischere Fähigkeiten als die Polizei, die beispielsweise Drogenhändler festnimmt. Gleichzeitig kann die Arbeit mit radikalisierten Personen oder gewalttätigen extremistischen Tätern bei Praktikern, die keine Erfahrung

(25) Jüngste Untersuchungen haben gezeigt, dass die Mehrheit der Terroristen, die als Einzelpersonen auftreten, ihre gewalttätigen Pläne oder Absichten an Menschen in ihrer Umgebung weitergibt, beispielsweise an Familienangehörige und Freunde (Bouhana, Corner, Gill & Schuurman, 2018; Silver, Horgan, & Gill, 2017). Diese Personen in der Nähe des potenziellen Täters informieren die Polizei eher darüber, wenn es der Polizei gelungen ist, ein gewisses Maß an Vertrauen in diese Bevölkerungsgruppe aufzubauen.

(26) Siehe Tom Tylers (2006) Diskussion über Verfahrensgerechtigkeit in seinem wegweisenden Buch „Warum Menschen das Gesetz befolgen“.

(27) See Lenos, S., & Keltjens, M., [Leitfaden von RAN POL zu Schulungsprogrammen für Polizeibeamte in Europa](#). Radicalisation Awareness Network, 2016.

in der Arbeit mit dieser Zielgruppe haben, Gefühle von Widerstand und Antipathie hervorrufen. Diese Gefühle sind oft das Ergebnis unzureichender Kenntnisse und eines unzureichenden Verständnisses der Zielgruppe, was sie dazu bewogen hat, sich einer extremistischen Gruppe anzuschließen oder eine extremistische Ideologie zu übernehmen, und warum es so schwierig ist, sich davon zu lösen (Lenos & Smit, 2019). Dies sind Hindernisse, die von allen an PVE beteiligten Akteuren überwunden werden müssen. Die Durchführung von Sensibilisierungsseminaren oder -schulungen und die Bereitstellung von Beratern oder Coaches, die in der Lage sind, Fachleuten, die mit radikalisierten Personen arbeiten, zu helfen, könnten Wege sein, mit einigen dieser Barrieren umzugehen.

Schlussfolgerung

Dieser Beitrag hat die enge Beziehung zwischen allgemeiner Verbrechensvorbeugung und PVE umrissen und untersucht, inwieweit allgemeine Prinzipien, Mechanismen und Methoden der Verbrechensvorbeugung auf die Prävention von gewalttätigem Extremismus und Terrorismus anwendbar sind. Dabei wurden die Stärken, Grenzen und möglichen unbeabsichtigten Nebenwirkungen bestimmter Maßnahmen und Praktiken diskutiert. Zentrale Themen in dieser Diskussion waren die verschiedenen Arten der Polizeiarbeit und ihre Auswirkungen auf das Vertrauen sowie die Rolle, die Polizei bei der Zusammenarbeit mit anderen Behörden bei ihren gemeinsamen Bemühungen zur Verhinderung von gewalttätigem Extremismus spielen könnte. Nachstehend finden Sie eine Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse und Empfehlungen.

WICHTIGE ERKENNTNISSE UND EMPFEHLUNGEN

- PVE kann im Allgemeinen auf den gleichen Prinzipien und Mechanismen wie in der allgemeinen Kriminalprävention basieren - obwohl einige Maßnahmen speziell für PVE angepasst werden müssen.
- Wie in der allgemeinen Verbrechensvorbeugung hat ein ganzheitlicher Ansatz, der eine breite Palette von Maßnahmen und Mechanismen anwendet, eine größere Chance, das Problem zu verringern, als sich allein auf eine enge Palette von Maßnahmen zu verlassen.
- Um ein komplexes Problem wie gewalttätigen Extremismus in den Griff zu bekommen, ist eine behördenübergreifende Arbeit und ein Informationsaustausch unerlässlich. Die Polizei verfügt über eine Reihe entscheidender Maßnahmen, jedoch verfügen andere Behörden, Berufsgruppen und zivilgesellschaftliche Akteure insgesamt über ein viel breiteres Spektrum an relevanten Mitteln als die Polizei und können von den Zielgruppen leichter mit der Leitung von Präventivmaßnahmen betraut werden.
- Vertrauen ist der Schlüssel. Vertrauen wird in Friedenszeiten durch professionelle - und auch tägliche - Interaktion mit der Öffentlichkeit und mit Partnerorganisationen aufgebaut. Um das Vertrauen zwischen den Hauptakteuren, die an behördenübergreifenden Aktivitäten beteiligt sind, zu verbessern, können gemeinsame Schulungen und theoretische Übungen sehr nützlich sein.
- Der Stil und die Praxis der Polizeiarbeit machen einen großen Unterschied im Bereich PVE. Wenn die Polizei als hilfreich, professionell und fair gegenüber allen Bürgern wahrgenommen wird, sind die Menschen eher vertrauensvoll und kooperativ.
- Kommunikation und Dialog sind ein mächtiges und unverzichtbares Instrument in der PVE-Arbeit, eines, das wichtig ist, wenn es um den Umgang mit der breiten Öffentlichkeit, mit radikalierungsgefährdeten Personen und mit Menschen geht, die bereits in den Extremismus verwickelt sind. Kommunikationsmethoden und -fähigkeiten müssen entwickelt und trainiert werden.
- Bestimmte Maßnahmen und Interventionen können (unbeabsichtigt) extremistische Narrative verstärken oder extremistische Überzeugungen verhärten. Dies kann ein unbeabsichtigter Nebeneffekt eines übermäßigen Verdachts auf eine bestimmte Minderheitengruppe sein oder ein Ungleichgewicht zwischen den Bemühungen der Polizei und der Achtung der Grundrechte, wie der Meinungsfreiheit. Eine gut ausgebildete Polizei und ein angemessener und klarer rechtlicher Rahmen können einige dieser unbeabsichtigten Nebenwirkungen begrenzen.

Empfohlene Literatur

- Bjørger, T. (2013). *Strategies for preventing terrorism (Strategien zur Terrorismusprävention)*. Basingstoke: Palgrave Pivot.
- Bjørger, T. (2016a). Counter-terrorism as crime prevention: A holistic approach (Terrorismusbekämpfung als Verbrechensvorbeugung: Ein ganzheitlicher Ansatz). *Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression*, 8(1), 25-44. doi:10.1080/19434472.2015.1108352
- Bjørger, T. (2016b). *Preventing crime: A holistic approach (Verhinderung von Verbrechen: Ein ganzheitlicher Ansatz)*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Bjørger, T., & Ravndal, J. A. (2019). *Extreme-right violence and terrorism: Concepts, patterns, and responses (Rechtsextreme Gewalt und Terrorismus: Konzepte, Muster und Antworten)*. ICCT Policy Brief, September. Abgerufen von <https://icct.nl/wp-content/uploads/2019/09/Extreme-Right-Violence-and-Terrorism-Concepts-Patterns-and-Responses.pdf>
- Bouhana, N., Corner, E., Gill, P., & Schuurman, B. (2018). Background and preparatory behaviours of right-wing extremist lone actors: A comparative study. (*Hintergrund und vorbereitendes Verhalten rechtsextremer Einzeltäter: Eine vergleichende Studie*) *Perspectives on Terrorism*, 12(6), 150-163. Abgerufen von <https://www.universiteitleiden.nl/binaries/content/assets/customsites/perspectives-on-terrorism/2018/issue-6/a10-bouhana-et-al.pdf>
- Braddock, K. und Horgan, J. (2015). Towards a guide for constructing and disseminating counternarratives to reduce support for terrorism (Auf dem Weg zu einem Leitfaden für den Aufbau und die Verbreitung von Gegenüberstellungen, um die Unterstützung für den Terrorismus zu verringern). *Studies in Conflict and Terrorism*, 39(5), 381-404.
- Busher, J., Choudhury, T., Thomas, P., & Harris, G. (2017). *What the Prevent duty means for schools and colleges in England: An analysis of educationalists' experiences (Was die Vorbeugepflicht für Schulen und Hochschulen in England bedeutet: Eine Analyse der Erfahrungen von Pädagogen)*. Aziz Foundation. Abgerufen von <http://azizfoundation.org.uk/wp-content/uploads/2017/07/What-the-Prevent-Duty-means-for-schools-and-colleges-in-England.pdf>
- Christensen, T. W. und Bjørger, T. (2018). *How to manage returned foreign fighters and other Syria travellers? Measures for safeguarding and follow-up (Wie geht man mit zurückgekehrten ausländischen Kämpfern und anderen Syrien-Reisenden um? Maßnahmen zur Absicherung und Nachbereitung)*. C-REX Report 1/2018. University of Oslo, Center for Research on Extremism. Abgerufen von <https://www.sv.uio.no/c-rex/publikasjoner/c-rex-reports/>
- Clarke, R. V., & Newman, G. R. (2006). *Outsmarting the terrorists (Die Terroristen überlisten)*. Westport, CT und London: Praeger Security International.
- Clutterbuck, L. (2018). Policing in counterterrorism (Polizei in der Terrorismusbekämpfung). In Silke, A. (Ed.), *Routledge handbook of terrorism and counterterrorism* (pp. 375-383). London und New York, NY: Routledge.
- Delhey, J., & Newton, K. (2005). Predicting cross-national levels of social trust: Global pattern or Nordic exceptionalism? (Vorhersage von länderübergreifenden Ebenen des sozialen Vertrauens: Globales Muster oder nordischer Exzeptionismus?) *European Sociological Review*, 21(4), 311-327.
- Gjelsvik, I. M. und Bjørger, T. (2018). Politiets virkemidler og rolle i forebygging av høyreekstremisme. In Bjørger, T. (Ed.), *Høyreekstremisme i Norge: Utviklingstrekk, konspirasjonsteorier og forebyggingsstrategier*. PHS Forskning 2018: 4 (auf Norwegisch). Oslo: PolitiHøgskolen. Abgerufen von <http://hdl.handle.net/11250/2568904>
- Hemmingby, C. (2017). Exploring the continuum of lethality: Militant Islamists' targeting preferences in Europe. (Die Erforschung des Kontinuums der Letalität: Angriffspräferenzen militanter Islamisten in Europa.) *Perspectives on Terrorism*, 11(5), 25-41. Retrieved from <http://www.terrorismanalysts.com/pt/index.php/pot/article/view/642/html>
- Hemmingsen, A.-S. (2015). *An introduction to the Danish approach to countering and preventing extremism and radicalization (Einführung in den dänischen Ansatz zur Bekämpfung und Verhütung von Extremismus und Radikalisierung)*. Copenhagen: Danish Institute for International Studies. Abgerufen von <https://www.ft.dk/samling/20151/almdel/reu/bilag/248/1617692.pdf>

- HM Government. (2015). *Überarbeitete Richtlinien zur Verhinderung von Pflichtverletzungen für England und Wales: Anleitung für bestimmte Behörden in England und Wales zur Verpflichtung des Antiterror- und Sicherheitsgesetzes von 2015 die Notwendigkeit zu berücksichtigen, zu verhindern, dass Menschen in den Terrorismus hineingezogen werden*. Abgerufen von <https://www.gov.uk/government/publications/prevent-duty-guidance/revise-prevent-duty-guidance-for-england-and-wales>
- Hoffman, B. (2006). *Inside Terrorism* (überarbeitete und erweiterte Ausgabe). New York, NY: Columbia University Press.
- Jaschke, H.-G., Bjørgo, T., Romero, F. B., Kwanten, C., Mawby, R., & Pagon, M. (2007). *Perspectives of police science in Europe (Perspektiven der Polizeiwissenschaft in Europa)*. Bramshill, United Kingdom: CEPOL. Abgerufen von https://www.cepola.europa.eu/sites/default/files/website/Research_Science/PGEAPS_Final_Report.pdf
- Lenos, S., Haanstra, W., Keltjens, M., & van de Donk, M., [RAN polarisation management manual \(RAN-Handbuch zum Polarisationsmanagement\)](#), Ex-Post-Beitrag. Amsterdam, Niederlande: RAN Centre of Excellence, 2017.
- Lenos, S., & Keltjens, M., [RAN POL's guide on training programmes for police officers in Europe \(Leitfaden von RAN POL zu Schulungsprogrammen für Polizeibeamte in Europa\)](#). Radicalisation Awareness Network, 2016.
- Lenos, S., & Keltjens, M., [The role for police officers in multi-agency working and information sharing \(Die Rolle der Polizeibeamten bei der Arbeit in mehreren Behörden und beim Informationsaustausch\)](#), Ex Post Beitrag. Utrecht, Niederlande: Radicalisation Awareness Network, 2017.
- Lenos, S., & Smit, Q., [What role do police play in the resocialisation and risk management of released former terrorist offenders \(Welche Rolle spielt die Polizei bei der Resozialisierung und dem Risikomanagement von freigelassenen ehemaligen Terroristen\)?](#), Ex Post Beitrag. Radicalisation Awareness Network, 2019.
- Lenos, S., & Wouterse, L., [Lessons from crime prevention: RAN POL engages at the annual German Congress on Crime Prevention \(Lehren aus der Kriminalitätsprävention: RAN POL engagiert sich auf dem jährlichen deutschen Kongress zur Verbrechensvorbeugung\), Dresden \(DE\)](#), Ex Post Paper. Dresden, Deutschland Radicalisation Awareness Network, 2018a.
- Lenos, S., & Wouterse, L., [Police prevention and countering of far-right and far-left extremism \(Prävention und Bekämpfung von rechtsextremem und rechtsextremem Extremismus durch die Polizei\)](#), Ex Post Beitrag. Rom, Italien: Radicalisation Awareness Network, 2018b.
- Miller, G. D. (2013). Terrorist decision making and the deterrence problem (Terroristische Entscheidungsfindung und das Abschreckungsproblem). *Studies in Conflict and Terrorism*, 36(2), 132-151.
- Molenkamp, M. und Wouterse, L., [Triple P: Coordination and collaboration between police, prison and probation services in dealing with violent extremist and terrorist offenders \(Koordination und Zusammenarbeit zwischen Polizei, Strafvollzug und Bewährungshilfe im Umgang mit gewalttätigen extremistischen und terroristischen Straftätern\)](#), Ex-Post-Beitrag. Prag, Tschechische Republik: Radicalisation Awareness Network, 2018.
- Nesser, P. (2015). *Islamist terrorism in Europe, a history (Islamistischer Terrorismus in Europa, eine Geschichte)*. London: Hurst.
- Nesser, P. (2018). *Europe hasn't won the war on terror: Jihadist networks have taken a hit, but we're not yet in the clear (Europa hat den Krieg gegen den Terror nicht gewonnen: Die dschihadistischen Netzwerke haben einen Schlag erlitten, aber noch sind wir nicht sicher)*. Politico, 5 Dezember. Abgerufen von <https://www.politico.eu/article/europe-hasnt-won-the-war-on-terror/>
- Netten, J. C. M.. & van de Donk, M., [Resilienz der Opfer von Terroranschlägen stärken](#), Themenpapier. Radicalisation Awareness Network, March 2018.
- Pawson, R., & Tilley, N. (1997). *Realistic evaluation (Realistische Bewertung)*. London: Sage.
- Politidirektoratet. (2011). A guide to police conversation intervention: A dialogue promoting responsibility and positive change (Ein Leitfaden für polizeiliche Gesprächsinterventionen: Ein Dialog, der Verantwortung und positive Veränderungen fördert). Oslo: Politidirektoratet. Abgerufen von https://www.regjeringen.no/contentassets/a5050923704d4615af1271c8258ebad5/bekymringssamtalen_engelsk.pdf

- Radicalisation Awareness Network, [Successful and effective engaging with communities \(Erfolgreiche und effektive Zusammenarbeit mit Gemeinden\)](#), Ex Post Beitrag. Oslo, Norwegen: Radicalisation Awareness Network, 2016.
- Radicalisation Awareness Network, [Preventing radicalisation to terrorism and violent extremism: Delivering counter – or alternative narratives \(Verhinderung der Radikalisierung zu Terrorismus und gewalttätigem Extremismus: Lieferung von Gegen- oder Alternativnarrativen\)](#), RAN Collection of Approaches and Practices. Radicalisation Awareness Network, 2018.
- RAN CoE, [Outline: Deradicalisation interventions for violent extremism \(Gliederung: Deradikalisierungsinterventionen bei gewalttätigem Extremismus\)](#), Ex Post Beitrag. London, Vereinigtes Königreich: Radicalisation Awareness Network, 2016.
- RAN CoE, [Responses to returnees: Foreign terrorist fighters and their families \(Reaktionen auf Rückkehrer: Ausländische terroristische Kämpfer und ihre Familien\)](#), RAN Manual. Radicalisation Awareness Network, 2017.
- Ravndal, J. A., Lygren, S., Hansen, L. W., & Jupskås, A. R. (2019). *RTV Trend report 2019. Right wing terrorism and violence in western Europe (Rechter Terrorismus und Gewalt in Westeuropa), 1990 - 2018*. C-REX Research Report No. 1. University of Oslo, Center for Research on Extremism. Abgerufen von <https://www.sv.uio.no/c-rex/english/topics/online-resources/rtv-dataset/index.html>
- Sarma, K. M., [Multi-agency working and preventing violent extremism I \(Behördenübergreifende Arbeit und Prävention von gewalttätigem Extremismus I\)](#), Themenpapier. Radicalisation Awareness Network, 2018.
- Sieckelink, S. und Gielen, A.-J., [Protective and promotive factors building resilience against violent radicalisation \(Schützende und fördernde Faktoren, die Widerstandsfähigkeit gegen Radikalisierung und Gewaltbereitschaft stärken\)](#), Themenpapier. Radicalisation Awareness Network, 2018.
- Silver, J., und Horgan, J. G., und Gill, P. (2017). Foreshadowing targeted violence: Assessing leakage of intent by public mass murderers (Vorahnung gezielter Gewalt: Einschätzung des Durchsickerns von Absichten durch öffentliche Massenmörder). *Aggression and Violent Behavior, 38*, 94-100. doi:10.1016/j.avb.2017.12.002
- Tyler, T. R. (2006). *Why people obey the law (Warum Leute das Gesetz befolgen)*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Van der Heide, L., und Schuurman, B. (2018). Reintegrating terrorists in the Netherlands: Evaluating the Dutch approach (Reintegration von Terroristen in den Niederlanden: Evaluierung des niederländischen Ansatzes). *Journal for Deradicalization, 17*, 196-239.
- Wikström, P.-O. H., Tseloni, A., & Karlis, D. (2011). Do people comply with the law because they fear being caught? (Befolgen die Menschen die Gesetze, weil sie befürchten, erwischt zu werden?) *European Journal of Criminology, 8*(5), 401-420.
- Wollebæk, D., Steen-Johnsen, K., Enjolras, B., & Ødegård, G. (2013). Rallying without fear: Political consequences of terror in a high-trust society (Mobilisierung ohne Angst: Politische Folgen des Terrors in einer Gesellschaft mit hohem Vertrauen). In Sinclair, S. J. & Antonius, D. (Eds), *The political psychology of terrorism fears* (S. 246-265). New York, NY: Oxford University Press.